



## Antrag

**Antragsteller:** CDU Landesvorstand  
Jörg Kastendiek

---

### **Bremen und Bremerhaven hanseatisch und weltoffen gestalten**

Unser Land hat mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven eine lange hanseatische Tradition und Geschichte. Diese ist vor allem durch das gesellschaftliche und wirtschaftliche Engagement sowie den Mut der Bürgerinnen und Bürger geprägt, ihre Städte weiterzuentwickeln und lebenswerter zu machen. Diesen Zukunftsoptimismus setzt der rot-grüne Senat mit seiner Mutlosigkeit und dem fehlenden Willen zur aktiven politischen Gestaltung aufs Spiel. Das schwindende Sicherheitsgefühl, die hohe Anzahl der nicht aufgeklärten Straftaten, die resignative Finanzpolitik mit der Abkehr von der Schuldenbremse und die ideenlose Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind nur einige Beispiele, die deutlich machen, dass unser Land weit unter Wert regiert wird. Es wird allenfalls noch verwaltet, nicht regiert. Gleichzeitig setzt der Senat auf abseitige Themen. Anstatt den Haushalt zu konsolidieren und Unternehmen in Bremen zu halten, wirbt man im Bundesrat für eine Legalisierung von Cannabis. Getreu dem Motto „Kiffen statt sanieren“. Mit dem von Carsten Sieling wortreich angekündigten Neuanfang vom vergangenen Jahr hat dies nichts zu tun. In Umfragen wird die Unzufriedenheit der Menschen deutlich: Rot-Grün hat die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Bremen nicht mehr hinter sich und wird weiter an Zuspruch verlieren.

Die CDU im Land Bremen will die Zukunft unseres Landes aktiv gestalten, weltoffen, hanseatisch, mutig und immer gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.

### **Die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Landes bewahren**

Nur eine Politik der soliden Finanzen und des nachhaltigen Wachstums gibt unseren Kindern und Enkelkindern die Möglichkeit, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Die zusätzlichen Schulden, die heute aufgenommen werden, belasten künftige Generationen. Mit den Haushaltsentwürfen für die Jahre 2016 und 2017 verlässt der Bremer Senat den mit dem Bund und den Ländern vereinbarten Sanierungspfad und gibt gleichzeitig das Ziel auf, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Diese Kehrtwende ist haushaltspolitisch hoch riskant, setzt sie doch die Sanierungshilfen des Bundes in Höhe von 300 Mio. Euro jährlich leichtfertig aufs Spiel. Geradezu infam ist es dabei, die Begründungen in gestiegenen Ausgaben aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen zu suchen. Finanzsenatorin Linnert selbst trägt eine massive Verantwortung für diese Situation. Allein in ihrer Amtszeit als Finanzsenatorin wuchs der Bremische Schuldenberg um 6,5 Mrd. Euro auf knapp 21 Mrd. Euro. Sie hat also in neun Jahren fast ein Drittel des Schuldenstands verursacht. Für die anderen zwei Drittel haben ihre Vorgänger seit 1945 rund 63 Jahre gebraucht. Die CDU Bremen tritt für eine verlässliche und nachhaltige Haushaltspolitik ein.

1. Die in der Bremer Landesverfassung und dem Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss eingehalten werden, d.h. bis 2020 muss die Neuverschuldung schrittweise, wie mit dem Stabilitätsrat vereinbart, auf Null gesenkt werden. Dies sichert zusätzliche

Zinshilfen des Bundes in Höhe von 300 Mio. Euro jährlich und bildet die Grundlage für eine nachhaltige Finanzpolitik.

Der Schlüssel zur Sanierung der Haushalte liegt auf der Ausgabenseite. Um die Ausgaben zu senken sind strukturelle Sparanstrengungen und andere Prioritätensetzungen erforderlich.

2. Die Verhandlungen der Länder mit dem Bund über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen müssen erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Es reicht nicht aus, wenn sich die Länder unter Führung von Bürgermeister Sieling auf Kosten des Bundes einigen. Eine Lösung kann nur gemeinsam mit dem Bund gefunden werden. Die Abkehr Bremens von der vereinbarten Haushaltskonsolidierung belasten die weiteren Verhandlungen.

### **Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten**

Die innere Sicherheit in Bremen und Bremerhaven steht zurzeit im Fokus der Öffentlichkeit. Dies hat verschiedene Ursachen: Die sexuelle Gewalt gegenüber Frauen, die Angriffe auf Polizisten, die zunehmende Gewaltbereitschaft aus der Rocker- und Autonomenszene sowie die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus fordern die Sicherheitsbehörden unseres Landes auf vielfältige Art und Weise heraus. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, bedarf es jetzt konkreter Handlungen anstatt wortreicher Ankündigungen. Die innere Sicherheit ist aus Sicht der CDU im Land Bremen eine zentrale Grundlage für die Legitimation unseres Staates, denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit – und umgekehrt. Diese Grundlage – und damit das friedliche Zusammenleben in unseren beiden Städten – setzt der rot-grüne Senat durch seine falsche Politik aufs Spiel. Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven wieder sicher fühlen können.

1. Die CDU Bremen setzt sich gemeinsam mit der CDU-Bürgerschaftsfraktion für einen Pakt für innere Sicherheit ein. Ziel ist eine bessere Kriminalitätsbekämpfung. Die CDU im Land Bremen wird sich auf bundespolitischer Ebene für die Realisierung einsetzen und dieses Thema in die Fachgremien der CDU Deutschlands tragen.
2. Kernpunkt des Pakts ist die Stärkung der Polizei und der Justiz. Deren Stellenzahl soll im Bund und in den Ländern in den kommenden Jahren um mindestens 5 Prozent erhöht werden. Für die Polizei Bremen muss die Zielzahl bereits im Haushalt 2016/2017 auf 2.600 Beamte angehoben werden. Gleichzeitig müssen die Aus- und Weiterbildung sowie die Ausstattung der verschiedenen Polizeien stärker vereinheitlicht werden, damit in Notsituationen schneller gemeinsam auf Gefährdungslagen reagiert werden kann. Sicherheit nach Kassenlage darf es nicht geben.
3. Neben der personellen und materiellen Stärkung der Sicherheitskräfte müssen Rechtsvorschriften auf allen Ebenen überprüft werden. Dabei sind insbesondere das Strafrecht und das Strafprozessrecht in den Blick zu nehmen, um einerseits bestehende Tatbestandsmerkmale und andererseits den Strafraumen anzupassen, wo dies nötig ist. Dies betrifft beispielsweise Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.
4. Schließlich muss der Informationsaustausch nationaler und internationaler Stellen verbessert und vereinfacht werden. Strukturen und Zusammenarbeit sind so zu gestalten, dass Grenzen der Zuständigkeit die Gewährleistung von Sicherheit nicht beeinträchtigen.

Neben dem Pakt für innere Sicherheit gibt es für Bremen und Bremerhaven weitere Bereiche, in denen dringend gehandelt werden muss:

1. Bremen ist laut aktueller Kriminalstatistik die Einbruchshochburg in Deutschland. Besonders ältere Menschen sind demnach von Wohnungseinbrüchen und -diebstählen betroffen. Die Aufklärungsquote ist in den letzten Jahren stetig gesunken und lag 2015 bei erschreckend niedrigen 5,4 Prozent. Dieser Umstand ist unhaltbar. Der Schutz des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger ist oberste Pflicht des Staates. Mit besserer Prävention und konsequenterer Strafverfolgung muss den Menschen vermittelt werden, dass sie sich auf den Rechtsstaat verlassen können.
2. Die Kontaktpolizisten (KOPs) leisten eine wichtige Arbeit in den Stadtteilen und Quartieren vor Ort. Durch eine verfehlte Personalpolitik, die seit Jahren die falschen Prioritäten setzt, gefährdet die Regierung die Wiederbesetzung der Stellen. Die CDU Bremen fordert daher Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) auf, die KOPs in den Stadtteilen auch in Zukunft zu erhalten und vakante Stellen umgehend neu zu besetzen.
3. Seit Anfang 2016 gefährdet eine kleine Gruppe krimineller unbegleiteter, minderjähriger Ausländer massiv die Sicherheit in Bremen. Die geschlossene Unterbringung für diese Gruppe wurde, obwohl bereits im Februar 2015 von Ex-Bürgermeister Jens Böhrnsen angekündigt, bislang verschleppt. SPD und Grüne tragen ihre Uneinigkeit bei dem Thema auf dem Rücken der Bevölkerung aus. Die CDU Bremen macht sich für eine zeitnahe Realisierung einer geschlossenen Unterbringung mit ausreichend Plätzen stark.

### **Bremen und Bremerhaven zu wachsenden Städten machen**

Der Senat hat es versäumt, Bremen und Bremerhaven als wachsende Städte zu verstehen und zu gestalten. Dabei ist die Wohnsituation der Bürgerinnen und Bürger ebenso vernachlässigt worden, wie die Entwicklung der Innenstadtbereiche. Statistisch gesehen leben immer mehr Menschen in Bremen und Bremerhaven. Gleichzeitig geht der Trend zu immer mehr Singlehaushalten. Das heißt, dass bis 2020 jedes Jahr mindestens 1.400 zusätzliche Wohnungen benötigt werden. Diese Lücke zu schließen und unsere beiden Städte für Menschen in allen Lebenssituationen lebenswert zu gestalten, wird die vordringliche Aufgabe der nächsten Jahre sein. Die CDU im Land Bremen stellt sich diesen Herausforderungen.

1. Wir wollen mit den beiden Städten unseres Landes eine Modellregion für „Smart City“ werden. Dabei zeichnet sich die kluge Stadt durch innovative städtebauliche Lösungen, eine moderne Infrastruktur, neue Mobilitätskonzepte und Services und eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger aus. Die Bündelung bereits vorhandener innovativer Ansätze in einem schlüssigen Gesamtkonzept sowie dessen mittel- bis langfristige Umsetzung ist längst überfällig.
2. Die Bremer Innenstadt muss wiederbelebt werden. Sie muss Platz zum Arbeiten und Wohnen, attraktive Laufwege zum Schlendern, interessante Gastronomie und Einzelhandelsgeschäfte sowie Orte zum Verweilen bieten. Dafür ist es notwendig, den Autoverkehr aus dem zentralen Innenstadtbereich zu bekommen, wobei die Erreichbarkeit mit dem Auto weiterhin gewährleistet sein muss. Der Absprung des Investors für das City Center kurz nach der Wahl 2015 belegt das Scheitern der rot-grünen Innenstadtentwicklung. Das Klima für private Investitionen in der Innenstadt muss verbessert werden. Investoren brauchen ausreichend „Freiräume“ und politische Unterstützung.

3. Zu lange wurden in Bremen keine neuen Flächen für Wohnungsbau geplant und ausgewiesen. Dies zeigt sich u. a. darin, dass nur wenige Projekte der sog. „40+ - Liste“ bislang umgesetzt sind. Hätte der Senat seine eigenen Zielvorgaben eingehalten, würden dem Bremer Wohnungsmarkt heute 2.290 Wohnungen mehr zur Verfügung stehen. Doch anstatt die eigenen Ziele umzusetzen, hat der Senat im Dezember 2015 erneut eine Liste mit bereits bekannten und überplanten Baugrundstücken vorgestellt. Die CDU Bremen fordert ein Umdenken beim Wohnungsbau und setzt sich für die Ausweisung von Neubauf Flächen in allen Stadtteilen ein. Dabei darf es keine Denkverbote geben.
4. Die Attraktivität Bremerhavens als Wohnstandort muss weiterentwickelt werden. Dafür ist es notwendig, dass nach und nach für alle Stadtteile Bebauungspläne erstellt und die Projekte entsprechend zeitnah realisiert werden. Gleichzeitig muss die Situation in einzelnen Stadtteilen verbessert werden. In Lehe und Geestemünde muss aktiv gegen die Vernachlässigung und Verwahrlosung von Immobilien vorgegangen werden.

### **Bremens wirtschaftliche Potenziale heben**

Voraussetzung für den Wohlstand Bremens und Bremerhavens sind erfolgreiche Unternehmen, die durch ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Arbeitsplätze in unserem Land sichern und schaffen. Dabei muss die Politik die Rahmenbedingungen setzen, um den Firmen gutes Wirtschaften zu ermöglichen. Der Senat aus SPD und Grünen versagt bei wichtigen wirtschaftspolitischen Projekten in unserem Land.

1. Die Realisierung des Offshore-Terminals in Bremerhaven tritt seit Jahren auf der Stelle. Auch heute sind Finanzierung und Baubeginn völlig unklar und mittlerweile stellt sich die Frage, ob der Terminal überhaupt gebaut werden wird. Der Senat hat das politische Kapital bei Unternehmen, welches die CDU in Zeiten der Großen Koalition mühsam aufgebaut hat, verschleudert. Mit dem entsprechenden politischen Willen hätte das zentrale arbeitsmarktpolitische Vorhaben für den Offshore-Standort Bremerhaven bereits realisiert werden können.
2. Anfang 2016 hat sich der Elektronikkonzern Siemens dafür entschieden, Teile für Windkraftanlagen ab 2017 in Cuxhaven zu produzieren anstatt in Bremerhaven. Allein in die Produktionsstätten in Cuxhaven investiert Siemens 200 Millionen Euro. Dies ist nach Unternehmensangaben der größte Neubau im Produktionsbereich in Deutschland innerhalb der letzten Jahre. Durch diesen Verlust gerät Bremerhaven als Standort für die Produktion und den Vertrieb von Windkraftanlagen weiter ins Hintertreffen.
3. Erst kürzlich wurde bekannt, dass Coca Cola seinen Standort in Bremen Hemelingen schließt und einen neuen Vertriebsstandort in Achim aufbaut. Die Abwanderung des Getränkeherstellers ist symptomatisch für die Wirtschaftsförderung in Bremen. Es mangelt an fertig erschlossenen Erweiterungs- und Ansiedlungsflächen für Unternehmen; die sog. „Dispositionsreserve“ erreichte mit 109,0 ha im Jahr 2015 ihren niedrigsten Stand seit Jahren. Unternehmen werden solange hingehalten, bis sie ein besseres Angebot aus dem niedersächsischen Umland erhalten. So gehen Investitionen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren.

4. Dem Senat mangelt es an Ideen und Konzepten für eine moderne Industrie- und Innovationspolitik. Die vorhandenen Stärken in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Windenergie und Maritime Wirtschaft/Logistik werden zwar – wenn auch mehr schlecht als recht – gepflegt, neue Potenziale, z. B. im Bereich Gesundheitswirtschaft und Automotive, werden jedoch weder erkannt noch erschlossen. War Bremen 2012 noch fünftgrößter Industriestandort, ist das Land bis zum Jahr 2014 auf Platz 8 abgerutscht. Viele Standorte entwickeln sich deutlich dynamischer als die Freie Hansestadt Bremen. Dies lässt sich auch an dem unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum ablesen, seitdem Rot-Grün regiert: Die Wirtschaftskraft Bremens lag Ende 2015 preisbereinigt nur 2,9 Prozent über derjenigen von Anfang 2008, im Bund betrug das Plus im selben Zeitraum hingegen 7,1 Prozent.

Die CDU Bremen steht für eine Wirtschaftspolitik, die die Ansiedlung von Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen zum Ziel hat und vorhandenen Unternehmen Entwicklungspotential eröffnet. Mit einer wirtschaftsfreundlichen Politik, neuen innovationspolitischen Ansätzen sowie stärkeren Investitionen in die wirtschaftliche Infrastruktur unseres Landes, wollen wir Bremens Potenziale heben.

1. Das Land Bremen muss sich noch stärker als Standort der kurzen Wege zwischen Entwicklung, Produktion und Logistik definieren. Um dies zu erreichen sind wettbewerbsfähige Standortkosten, eine bedarfsgerechte Ausweisung von Gewerbeflächen, eine leistungsfähige Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur sowie eine stärkere Vernetzung zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen unerlässlich. Auch die Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmern und Arbeitslosen muss Bremen endlich als Wettbewerbsfaktor zur Sicherung des Fachkräftebedarfs begreifen und aktiv gestalten.
2. Die sogenannte „Industrie 4.0“, das heißt die Digitalisierung von Produktionsprozessen, führt zu tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschaft. Die CDU Bremen will die positiven Effekte dieser vierten industriellen Revolution nutzen und dabei auch auf Veränderungen in der Arbeitswelt („Arbeit 4.0“) reagieren. Allein für den Bereich Maschinenbau liegt das Wertschöpfungspotenzial für Gesamtdeutschland bei 23 Mrd. Euro. Von dieser Entwicklung sollen auch die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven profitieren. Die Förderung der „Industrie 4.0“ muss Querschnittsaufgabe der bremischen Wirtschaftspolitik werden. Dazu müssen längerfristige politische Ziele definiert und ressortübergreifend koordiniert werden. Der rot-grüne Senat lässt die dazu notwendige Führungsstärke vermissen.
3. Als zweitgrößter deutscher Hafen, größter europäischer Umschlagplatz für Automobile und bedeutender Logistikstandort ist die Freie Hansestadt Bremen in hohem Maße auf einen freien und fairen Welthandel angewiesen. Von den Impulsen, die die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA auszulösen vermag, würde unser exportorientiertes Land daher in besonderem Maße profitieren. Der Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen sowie die gegenseitige Anerkennung von Standards und Normen mit gleichem Schutzziel wirken wie ein kostenloses Konjunkturprogramm. Auf der anderen Seite steht für uns fest: Bei TTIP darf es keine Abstriche beim Verbraucherschutz, bei der Lebensmittelsicherheit, beim Umweltschutz und der kommunalen Daseinsfürsorge geben. Spezifische Vorschriften zum Investitionsschutz halten wir nicht für erforderlich, weil die jeweiligen Gerichte beiderseits des Atlantiks bereits einen ausreichenden Rechtsschutz bieten.

## **Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten**

Egal wo man hinschaut – bei vielen gesellschaftlichen Indikatoren hält Bremen die „rote Laterne“ in der Hand: schulische Kompetenzen, Armutsgefährdung, Hartz IV, Langzeitarbeitslosigkeit, Privatinsolvenzen und rechnerische Schulden pro Kopf. Obwohl sich der rot-grüne Senat die soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat, ist die soziale Ungleichheit im Land Bremen besonders hoch. So sind 23 Prozent der Menschen im Land Bremen von Armut gefährdet – ein Spitzenwert im Bundesvergleich. Noch erschreckender ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Armut leben: Mit 34 Prozent nimmt Bremen auch hier eine traurige Spitzenposition ein. Auch die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen hat sich unter Rot-Grün in unserem Land weiter geöffnet, während sie sich im Bund langsam schließt bzw. sich zumindest nicht weiter öffnet.

Bereits in der letzten Legislaturperiode hat sich die CDU-Fraktion mit eigenen substantiellen Vorschlägen und der Einsetzung eines speziellen Bürgerschaftsausschusses für die Bekämpfung von Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit stark gemacht. Diese Arbeit führen wir aus Überzeugung und mit noch mehr Nachdruck fort. Gemeinsam wollen wir an der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in Bremen und Bremerhaven arbeiten. Niemand darf auf der Strecke bleiben. In Übereinstimmung mit dem christlichen Menschenbild wollen wir dabei jeden Einzelnen dazu befähigen, seine Situation zu verbessern, um für sich und seine Familie sorgen zu können. Wir wollen jedoch niemandem vorschreiben, was richtig ist und wie er oder sie zu leben hat.

1. Ein vordringliches Problem ist die hohe Langzeitarbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven. Mit einer Quote von 43,6 Prozent gemessen an allen Arbeitslosen im Land und einer durchschnittlichen Verweildauer von 594 Tagen in Arbeitslosigkeit belegt Bremen einen traurigen Spitzenplatz. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit setzt sich die CDU Bremen für abschlussbezogene Qualifizierungsmaßnahmen und eine kundenfreundliche Beratung und effiziente Vermittlung durch die Jobcenter ein. Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen sollen durch einen „sozialen Arbeitsmarkt“ die Chance bekommen, eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit auszuüben und so am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Um dieses Vorhaben zu finanzieren, sollen passive und aktive Leistungen von Jobcenter, Land und Kommune zusammengefasst werden. Die Finanzierung der Aufnahme einer Beschäftigung ist lohnenswerter als die Bezahlung von Arbeitslosigkeit.
2. Die Kindertagesbetreuung im Land Bremen muss endlich an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden, um Familien und Alleinerziehende zu entlasten und eine Arbeitsaufnahme nach der Elternzeit zu erleichtern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen. Kernpunkte sind dabei die Flexibilisierung von Betreuungszeiten und die realitätsnahe Planung der benötigten Plätze ohne Abstriche bei der Betreuungsqualität.
3. Die CDU Bremen fordert die Zusammenführung der Bereiche „Bildung“ und „Jugend“ in einem Ressort. Nach der Bürgerschaftswahl 2015 wurden zwar Schritte in diese Richtung eingeleitet, eine vollständige Zusammenlegung erfolgte aber nicht. Dies führt zu Abstimmungsproblemen und Reibungsverlusten, die die zuständigen Senatorinnen Bogedan (SPD) und Stahmann (Grüne) zuletzt in öffentlichen Briefen miteinander ausfochten. Eine weitere Folge ist, dass bestimmte Träger aus zwei unterschiedlichen Ressorts finanziert werden, was zu finanzieller und planerischer Unsicherheit führt. Bremen braucht eine konsistente Politik von der Kinderbetreuung bis zum Schulabschluss.

4. Vor kurzem wurde ein massiver Sozialleistungsbetrug in Bremerhaven öffentlich. Dabei wurden EU-Zuwanderern durch das Vorlegen von Scheinarbeitsverträgen unberechtigt-terweise Sozialleistungen bewilligt. Es ist von organisierten Strukturen auszugehen. Im Mittelpunkt des Skandals stehen dabei zwei Vereine, deren Vorsitzender bis vor kurzem das SPD-Parteibuch besaß und die eine Reihe öffentlicher Mittel und Zuwendungen erhalten haben. Für die CDU im Land Bremen ist dies ein ungeheurer Vorgang, der restlos aufgeklärt werden muss. Dabei ist besonders der Frage nachzugehen, ob Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft von dem Betrug gewusst oder sogar von ihm profitiert haben und ob Ermittlungen zu einem früheren Zeitpunkt bewusst behindert wurden. Sollte sich der Verdacht im Laufe der Aufklärungen bewahrheiten, sind strikte personelle und organisatorische Konsequenzen zu ziehen.
5. Die von Bürgermeister Sieling und Bildungssenatorin Bogedan angekündigten 200 zusätzlichen Lehrkräfte an den Tafeln erweisen sich zunehmend als Mogelpackung. Die bislang 120 besetzten Stellen wurden überwiegend von Bachelorabsolventen besetzt. Von einer vollständigen Lehrerausbildung mit Masterabschluss und Referendariat kann hier noch nicht die Rede sein. Für die CDU Bremen darf die personelle Aufstockung nicht zulasten der schulischen Qualität gehen. Maßstäbe für den Unterricht müssen überregionale Standards und Anforderungen sein. Die übermäßige Einstellung von nicht vollständig ausgebildetem Lehrpersonal ist vor diesem Hintergrund ein falsches Signal.
6. Inhaltlich sieht die CDU Bremen einen Schwerpunkt bei der digitalen Bildung. Moderne Informationstechnologien, wie Smartphone und Tablet sind aus unserem privaten und beruflichen Alltag nicht mehr wegzudenken. Die Schulen in Bremen und Bremerhaven müssen mit diesen technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten. Wir wollen mit einer Agenda für Digitale Bildung die technischen und didaktischen Voraussetzungen dafür schaffen, damit sich die Lebenswirklichkeit mit elektronischen Medien und internetbasierten Anwendungen auch im Unterricht und der Lernumgebung widerspiegeln. Die Vermittlung digitaler Kompetenzen ist dabei kein Thema für ein spezielles Unterrichtsfach, sondern sie muss zu einer Querschnittsaufgabe werden. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die digitale Chancengleichheit zu legen.